



Presseschau vom 10.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Hält die BKK ProVita Daten zu Impf-Nebenwirkungen zurück?

Beteiligter Analyst schaltet Anwalt ein

Eine Analyse der Betriebskrankenkassen (BKK) zu ärztlich abgerechneten Impfnebenwirkungen sorgte für medialen Aufruhr. Nun hat ein beteiligter Datenanalyst einen Rechtsanwalt eingeschaltet. Der Vorwurf: Die BKK ProVita halte die Analyse nach der fristlosen Entlassung ihres Vorstands unter Verschluss. ...

<https://kurz.rt.com/2uy2> bzw. [hier](#)

Andrea Drescher: Wir weigern uns, Feinde zu sein

Wenn ein ukrainischer Flüchtling im Interview erklärt, dass sie es nicht versteht, dass Russen in Deutschland angegriffen und ausgegrenzt werden, dann hat man einen Eindruck, wie weit

es mit unserer Gesellschaft im Wertewesten wirklich gekommen ist. Da ist Menschlichkeit verloren gegangen. Menschlichkeit kann man von einer Russin, ihrem deutschen Mann und einer ukrainischen Mutter lernen, die gemeinsam mit ihrem Kind aufgrund der Kriegssituation in Schweinfurt aufgenommen wurde. ...

<https://kurz.rt.com/2uzw> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Leningrad" veröffentlicht Musikvideo über Russophobie in Europa**

Die populäre russische Ska-Punk-Band "Leningrad" hat am Donnerstag ein [neues Musikvideo](#) veröffentlicht, das sich mit der Welle der Russophobie in Europa auseinandersetzt und binnen weniger Stunden auf YouTube und in sozialen Netzwerken auf den ersten Plätzen trendete. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Das sagenumwobene Z – Wie ein Buchstabe zum Symbol der russischen Militäroperation wurde**

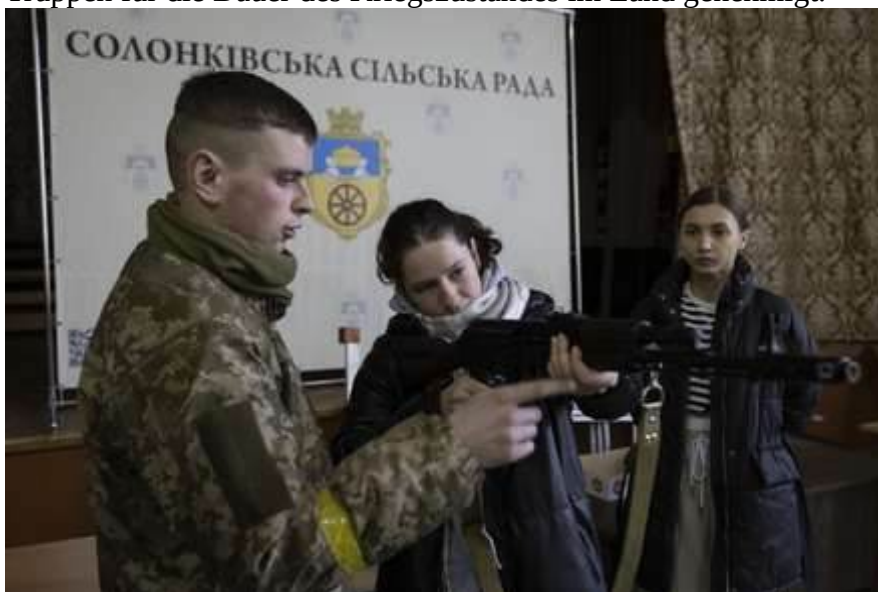
Was bedeutet das "Z", das das russische Militär auf seinen Fahrzeugen aufgemalt hat und das wie ein Lauffeuer durch das Internet geht? Wer hat es erfunden und wie wurde es zum Symbol der Unterstützung für die russische Militäroperation? Inzwischen hat ein Urheber der viralen Idee das Geheimnis gelüftet. ...

<https://kurz.rt.com/2uzt> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:25 de.rt.com: **Selenskij genehmigt allen ukrainischen Bürgern Waffeneinsatz zur Abwehr russischer Truppen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Mittwochabend ein Gesetz unterzeichnet, das allen ukrainischen Bürgern den Waffeneinsatz zur Abwehr russischer Truppen für die Dauer des Kriegszustandes im Land genehmigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62290b58b480cc73873d3984.jpg>

21:26 de.rt.com: **Einfluss der USA schwindet: Nahost reagiert gespalten auf Ukraine-Krieg**

Der Nahe Osten reagiert gespalten auf den Ukraine-Krieg, während der US-Einfluss in der

Region schwindet. Der Ukraine-Krieg enthüllt die Doppelmoral des Westen, wie mit zweierlei Maß das Töten und die Flucht von Menschen einerseits in der Ukraine und andererseits in Konflikten wie in Jemen, Syrien oder Palästina gemessen wird.

Der Ukraine-Krieg in Osteuropa hat bereits erkennbar globale Dimensionen angenommen. Seit der Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 2. März zur Verurteilung des Ukraine-Krieges sehen sich auch die Staaten und die Bevölkerung im Nahen Osten gezwungen, sich zu diesem Konflikt zu positionieren.

Im Irak wurden kürzlich als ein merkwürdiger Schritt Plakate von Putin im Sinne möglicher Unterstützung der russischen Sonderoperation in Ukraine verboten. Hintergrund war zuvor ein großes Putin-Plakat, das im Zentrum der Hauptstadt Bagdad angebracht worden war. Es zeigte neben Putins Gesicht die Aufschrift "We support Russia" (Wir unterstützen Russland). Anschließend entfernten Sicherheitskräfte in der Hauptstadt umgehend das Plakat wieder.

Die russische Botschaft in Bagdad postete am Mittwochabend der letzten Woche ein Foto dieses Plakats auf Twitter. Wer es angebracht hatte, blieb zunächst unklar. Irakischen Angaben zufolge hing es aber in unmittelbarer Umgebung von Büros schiitischer Milizen. Die schiitischen Kämpfer im Irak sind mit Iran verbündet, der wiederum an der Seite Russlands im syrischen Konflikt gegen die islamistischen Terrorgruppen kämpft.



https://pbs.twimg.com/media/FM3uPrcXIAYQ_ZZ?format=jpg&name=900x900

Schiitische Milizen sehen in Putin einen festen, verlässlichen Partner, der – anders als die US-Amerikaner – seine Verbündeten nicht fallen lässt, kommentiert die AP-Agentur aus Irak. In ihren Kreisen hätten sie sogar einen liebevollen Spitznamen für Putin, nämlich "Abu Ali", was unter schiitischen Muslimen ein gebräuchlicher Name ist und eine gewisse Kameradschaft widerspiegeln soll.

Irak enthielt sich kürzlich der Stimme zur Resolution einer Verurteilung des Ukraine-Krieges bei der UN. In Libanon wettete die Hisbollah-Bewegung gegen die Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine bei der UN-Vollversammlung durch die libanesischen Regierung und forderte vielmehr Neutralität.

Politische Eliten, die eng mit dem Westen verbündet sind, scheuen davor zurück, die USA und die Europäische Union womöglich vor den Kopf zu stoßen. Solche Auseinandersetzungen zeigen die tiefe Spaltung über den Ukraine-Krieg im Nahen Osten, wo sich Moskau in den letzten Jahren als Schlüsselfigur etabliert hat und mächtige Freunde unter staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gefunden hat, während der US-Einfluss in der Region sukzessive

schwindet.

Im Libanon sorgte eine ungewöhnliche Erklärung des Außenministeriums für Irritationen und verärgerte die Kremlführung, als Russlands Angriff auf die Ukraine angeprangert wurde, was wiederum die libanesischen Regierung dazu bewegte klarzustellen, dass der Libanon nicht die Absicht habe, in diesem Konflikt Partei zu ergreifen, sondern neutral bleiben wolle. Der Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah kritisierte vor Kurzem die mehrheitliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Ukraine-Krise und kritisierte ihre Gleichgültigkeit und Doppelmoral gegenüber jenen Kriegen gegen den Irak, Afghanistan, Palästina, Syrien und den Jemen. Die USA seien schuld an der Krise in der Ukraine, da man in Washington, D.C. dieses Szenario wochenlang angestachelt und daran gearbeitet habe, betonte Nasrallah.

Studenten und Mitarbeiter der al-Baath-Universität in **Homs** veranstalteten am Dienstag eine [Solidaritäts-Demonstration](#) zur Unterstützung Russlands und seiner Bevölkerung gegen die westliche US-Politik, die darauf abzielt, Sicherheit und Stabilität zu untergraben. Die Teilnehmer der Veranstaltung hissten die syrische und die russische Nationalflagge und sangen für einen Sieg beider Länder über Terrorismus und Nazismus.



<https://pbs.twimg.com/media/FNUzajYWYAMx84c?format=jpg&name=900x900>

Die iranische Regierung sieht die Verantwortung für diesen Krieg in der Ukraine bei den USA. Der oberste iranische geistliche Führer Ajatollah Ali Chamenei erklärte in einer Fernsehansprache, dass die USA und westliche Mächte ihre Verbündete immer im Stich ließen. Die Vorstellung, dass sie ihre Marionettenregime unterstützten, sei eine "Fata Morgana":

"Alle vom Westen abhängigen Regierungen sollen nun wissen: Der ukrainische Präsident und der geflüchtete afghanische Präsident haben selbst eingeräumt, dass sie den USA und westlichen Regierungen vertrauten, aber der Westen sie alleinließ."

Die vom Westen geförderten Medien – wie der persische Ableger der BBC – versuchten in letzter Zeit, Zwietracht zwischen Regierung und Bevölkerung in Iran zu schüren, indem sie behaupteten, dass Teheran die Fortsetzung des Krieges in Ukraine unterstützt hätte. Iran enthielt sich der Stimme bei der UN-Resolution zum Ukraine-Krieg. Chamenei sagte ausdrücklich in seiner Fernsehansprache: "Natürlich sind wir auch für ein baldiges Ende des Krieges sowie der Zerstörung und Tötung von Zivilisten (...), aber die Wurzeln des Konflikts liegen auch in der Politik der USA".

Der Krieg in der Ukraine hat im Nahen Osten eine Debatte über die Doppelmoral des Westens ausgelöst. Insbesondere ist im arabischen Raum die Empörung darüber groß, wie unterschiedlich in der Europäischen Union Geflüchtete, nämlich aus der Ukraine besser als arabische Geflüchtete aus Syrien oder Irak behandelt werden. Dabei kursieren Videos von westlichen Journalisten, die sich in ihrer Berichterstattung zu offen rassistischen Aussagen

hinreißen lassen, dass etwa angeblich die Ukraine – im Gegensatz zum Jemen oder Syrien – ein "zivilisiertes" Land sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228a97e48fbef1c7028e639.jpg>

21:45 de.rt.com: **Einsatz von Wehrpflichtigen in der Ukraine? – Putin ordnet Überprüfung an**

Das russische Verteidigungsministerium hat Fälle aufgedeckt, in denen Wehrdienstsoldaten an der Militäraktion in der Ukraine beteiligt gewesen sein sollen. Russlands Präsident Wladimir Putin wies nun die Militärstaatsanwaltschaft an, die Vorwürfe zu untersuchen. Dies teilte der Kreml mit.

Am Mittwoch hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bekannt gegeben, dass die Behörde in mehreren Fällen die Präsenz von Wehrpflichtigen in den Einheiten der russischen Streitkräfte festgestellt habe, die an der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine teilnehmen.

Fast alle betroffenen Soldaten seien inzwischen wieder nach Russland abgezogen worden, fügte der Behördensprecher hinzu. Einige Militärangehörige, darunter auch Wehrpflichtige, seien jedoch in ukrainische Gefangenschaft geraten. Die Entsendung weiterer Rekruten in die Kriegsgebiete werde mit allen Mitteln verhindert, so Konaschenkow. Man bemühe sich auch um die Befreiung der Gefangenen, hieß es.

In einer Stellungnahme räumte Kremlsprecher Dmitri Peskow ein, dass der Kampfeinsatz von Grundwehrdienstleistenden ohne die Genehmigung von Präsident Putin erfolgt sei. Er wird von der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert:

"Vor Beginn der militärischen Sonderoperation wurden auf Anweisung des russischen Präsidenten und Oberbefehlshabers Wladimir Putin alle Kommandeure der Einheiten der russischen Streitkräfte angewiesen, die Beteiligung von Wehrpflichtigen an jeglichen Aufgaben im Hoheitsgebiet der Ukraine kategorisch auszuschließen. Präsident Putin ist über die Umsetzung dieser Anweisung informiert worden."

Die aufgedeckten Fälle würden nun auf die Anordnung des russischen Staatsoberhauptes von der zuständigen Behörde geprüft, so Peskow ferner. Der Kremlsprecher erklärte:

"Im Zusammenhang mit der Präsenz einer Reihe von Wehrpflichtigen in den Einheiten der russischen Streitkräfte, die an der militärischen Sonderoperation in der Ukraine beteiligt sind, wurden die Akten auf Anweisung des russischen Präsidenten an die Oberste Militärstaatsanwaltschaft geschickt, um die Handlungen der Amtspersonen, die für die Nichteinhaltung dieser Anweisung verantwortlich sind, zu überprüfen und rechtlich zu bewerten und diese zu bestrafen."

Zuvor hatten Präsident Putin und die russische Militärbehörde wiederholt geäußert, an den Militäraktivitäten in der Ukraine seien ausschließlich Offiziere und Zeitsoldaten beteiligt. Den Einsatz von Wehrpflichtigen im Ukraine-Konflikt wiesen die russischen Behörden hingegen

stets zurück.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228f301b480cc73873d3965.jpg>

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Russland: USA sollten Biowaffenforschung im postsowjetischen Raum einstellen**

Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den USA, hat die von Vertretern der US-Regierung gegen Russland erhobenen Vorwürfe, Moskau habe angeblich gegen die Konventionen über chemische und biologische Waffen verstoßen, als nervös bezeichnet. Zuvor hatte das US-Außenministerium erklärt, Washington habe keine chemischen oder biologischen Labors in der Ukraine. Das US-Außenministerium beschuldigte die russische Seite, "aktive militärische chemische und militärische biologische Programme" zu betreiben. Dazu sagte Antonow:

"Diese nervöse Rhetorik der US-Behörden deutet darauf hin, dass das Weiße Haus ernsthaft bestrebt ist, die Wahrheit über die laufenden Arbeiten an einem von den USA finanzierten Biowaffenprogramm nahe den Grenzen der Russischen Föderation aufzudecken."

Antonow forderte die USA außerdem auf, die illegale militärische Biowaffenforschung in der ehemaligen Sowjetunion unverzüglich einzustellen. Er erinnerte daran, dass es für Washington an der Zeit ist, die Vernichtung seiner eigenen Chemiewaffenbestände zu beschleunigen.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium eine Präsentation vorgelegt, aus der hervorging, dass die USA mehr als 200 Millionen US-Dollar für biologische Labors in der Ukraine ausgegeben haben, die in das militärische Biowaffenprogramm der USA eingebunden waren. Die Russische Föderation hat nicht ausgeschlossen, einen Konsultationsmechanismus im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot von biologischen und chemischen Waffen im Zusammenhang mit den biologischen Aktivitäten des US-Militärs in der Ukraine in Gang zu setzen, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62298ec348fbef60d62e8d43.jpg>

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko zur Lage am 10.3.2022

In Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik:

111 Mann;

3 Panzer;

2 Schützenpanzer;

7 Artilleriegeschütze;

10 Antipanzerraketenkomplexe;

16 Fahrzeuge, darunter solche, die mit großkalibrigen Schusswaffen ausgerüstet sind;

10 permanente Feuerpunkte;

10 weitere Feuerpunkte.

Trotz der Niederlagen an der Front setzt der Gegner den **Terror gegen die Zivilbevölkerung** der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind. Zu diesem Zweck setzt der Gegner aktiv Drohnen ein, die die Artillerie leiten.

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der LVR im GZKK **6 Beschießungen des Territoriums der LVR auf 6 Ortschaften** der Republik erfasst, in deren Folge in Golubowskoje eine Stromleitung beschädigt wurde, dadurch haben die Ortschaften Donezkij und Golubowskoje keinen Strom, **in Perwomajsk wurde eine zivile Einwohnerin verletzt**, außerdem wurde eine Mitteldruckgasleitung beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

Außerdem unternehmen Spezialisten der Volksmiliz alle Anstrengungen, um die Aktivität den Propagandaapparat der verbrecherischen militärisch-politischen Führung der Ukraine auf dem befreiten und zeitweilig von Kiew besetzten Territorium zu beenden. So **haben die Kommunikationstechniker der Volksmiliz in Swatowo und Troizkoje die ukrainischen Fernsehsender gestoppt**, die die Bevölkerung desinformiert und zu kriminellen Handlungen gegen Zivilisten und Soldaten der Lugansker Volksrepublik auffordern. **Aktiv läuft die Arbeit zur Inbetriebnahme der staatlichen Radio- und Fernsehkanäle**, um die Einwohner der befreiten und zeitweilig besetzten Territorien vollwertig in den Informationsraum der Republik zu integrieren.

10:55 (8:55) sputnik.by: **Verteidigungsministerium der RF: Labore in der Ukraine**

führten Experimente mit Coronavirus bei Fledermäusen durch

In den von den Vereinigten Staaten von Amerika in der Ukraine eingerichteten Biolabors wurden Experimente mit dem Fledermaus-Coronavirus durchgeführt, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Zuvor hatte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, versichert, dass die Vereinigten Staaten keine chemischen oder biologischen Labors in der Ukraine hätten und diese auch nicht verwalteten.

„In Biolabors, die in der Ukraine eingerichtet und finanziert wurden, wurden, wie Dokumente zeigen, Experimente mit Proben des Fledermaus-Coronavirus durchgeführt“, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Donnerstag.

Vögel, Reptilien und tödliche Krankheitserreger

Wie der russische General feststellte, bestand der Zweck der biologischen Forschung in der Ukraine darin, einen Mechanismus für die verdeckte Verbreitung tödlicher Krankheitserreger zu schaffen, insbesondere mit Hilfe von Vögeln.

„Besonders interessant waren die detaillierten Informationen über die Durchführung des US-Projekts auf dem Territorium der Ukraine zur Untersuchung der Übertragung von Krankheitserregern durch Wildvögel, die zwischen der Ukraine und Russland und anderen Nachbarländern wandern“, sagte Konaschenkow.

Laut den Dokumenten, fuhr er fort, plante die amerikanische Seite für 2022, Forschungen zu Krankheitserregern von Vögeln sowie Fledermäusen und Reptilien in der Ukraine durchzuführen, gefolgt von einem Übergang zur Untersuchung der Möglichkeit, gefährliche Krankheiten wie afrikanische Schweinepest und Anthrax zu übertragen.

Darüber hinaus sagte Konaschenkow, dass russische Spezialisten der Strahlen-, chemischen und biologischen Verteidigungskräfte Dokumente über den Transfer von menschlichem Biomaterial in andere Staaten, das auf Anweisung von US-Vertretern in der Ukraine entnommen wurde, untersucht haben.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/0a/1061190088_0:245:846:720_1920x0_80_0_0_26668c7a51bb75c4646a0507d9bf3185.jpg

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.3.22 um 10:30 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Artillerieschläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 26-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedener Granatwerfer **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten **10 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Zwei Zivilisten wurden verletzt.** 17 Wohnhäuser, 3 Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Alexandrowka, die Siedlung des Bergwerks Nr. 12 und die Siedlung Briketnyj haben keine Stromversorgung. Ohne Strom sind etwa 3000 Verbraucher.

Vor diesen empörenden Fällen von Genozid und Vernichtung friedlicher Einwohner des Donbass durch die ukrainische Artillerie verschließt die Weltöffentlichkeit immer noch die Augen und demonstriert ihre einseitige Position.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

Die Einheiten der Streitkräfte Russlands und der Donezker Volksrepublik entwickeln den Angriff entlang der administrativen Grenzen zur Oblast Saporoshe und schneiden die Abzugswege für die nationalistischen Einheiten ab.

In Mariupol befreien Soldaten der Donezker Volksrepublik weiter Wohngebiete von ukrainischen Nationalisten, die sich hinter friedlichen Einwohnern verstecken und schießen aus Feuerpositionen, die in den oberen Etagen und auf Dächern von Wohnhäusern eingerichtet sind.

Unter Gefahr für das eigene Leben haben unsere Verteidiger 17 Menschen, darunter fünf Kinder, aus der Kampfzone evakuiert.

In den letzten 24 Stunden haben die Soldaten der Donezker Volksrepublik zwei Panzerfahrzeuge und einen Schützenpanzer sowie ein Lager mit Munition und Waffen eingenommen.

Zehn Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die Möglichkeit genutzt, Ihr Leben zu erhalten und haben freiwillig die Waffen niedergelegt. Ihr Leben ist jetzt nicht in Gefahr und nach Abschluss der Spezialoperation werden sie nach Hause zu ihren Familien zurückkehren können.

Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Warten Sie nicht auf einen Befehl, die Waffen niederzulegen. Nur Sie können das Blutvergießen beenden. Erhalten Sie Ihr Leben, legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause.

12:15 (10:15) sputnik.by: **Weißrussland wird das Kernkraftwerk Tschernobyl so schnell wie möglich mit Strom versorgen**

Der Präsident des Landes, Alexander Lukaschenko, wies die zuständige Behörde an, das Kraftwerk unverzüglich über eine seit Sowjetzeiten eingemottete Hochspannungsleitung mit Strom zu versorgen.

Belarus wird das Kernkraftwerk Tschernobyl so schnell wie möglich mit Strom versorgen, teilte der Pressedienst des Energieministeriums am Donnerstag mit.

„Die belarussische Seite ist bereit, bei der Wiederherstellung der Stromversorgung im Kernkraftwerk Tschernobyl zu helfen. Technisch gibt es dafür die notwendigen Möglichkeiten, organisatorische Fragen werden derzeit erörtert“, teilte das Ministerium mit. Bei einem Treffen mit der Militärführung des Landes sagte Präsident Alexander Lukaschenko, er habe das Energieministerium angewiesen, das Kernkraftwerk Tschernobyl, dessen Stromversorgung am Tag zuvor von ukrainischen Nationalisten unterbrochen worden war, unverzüglich mit Strom zu versorgen. Die Militanten griffen ein Umspannwerk und Stromleitungen an, woraufhin das russische Militär, das die Anlage kontrolliert, Schritte

unternahm, um auf Notstromquellen umzuschalten.

Derzeit gibt es an der Anlage keinen Strom. Laut Lukaschenko soll Strom entlang der alten Leitungen nach Tschernobyl geliefert werden, die seit Sowjetzeiten in Weißrussland eingemottet wurden.

Stromlieferungen aus Weißrussland in die Ukraine

Kiew reduziert oder erhöht ständig die Stromlieferungen aus Weißrussland. Das Energieministerium erklärte, dass die Stromversorgung des ukrainischen Marktes in der Regel monatlich diskutiert wird und die Nachfrage meistens in der Herbst-Winter-Periode wächst. Die Ukraine hat den Import von Strom aus Weißrussland seit dem 23. Februar erneut ausgesetzt. Wie der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba zuvor berichtete, will sich das Land im Jahr 2023 von den Energiesystemen Weißrusslands und Russlands trennen und an das Stromversorgungssystem (ENTSO-E) der Europäischen Union anschließen. ...



https://cdn11.img.sputnik.by/img/104159/95/1041599555_0:184:2988:1865_1920x0_80_0_0_35bcc205b0b82c7b5653000623be622f.jpg

10:45 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: In der Ukraine wurden Fledermaus-Coronavirus-Experimente durchgeführt

Von den USA finanzierte Labors in der Ukraine haben mit Fledermaus-Coronavirus-Proben experimentiert, wobei die Forscher versuchten, einen "Mechanismus für die heimliche Verbreitung des tödlichen Erregers" zu entwickeln. Dies sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bei einem regelmäßigen Briefing. Er erklärte:

"Aus den Unterlagen der in der Ukraine eingerichteten und von den USA finanzierten Biolaboratorien geht hervor, dass Experimente mit Fledermaus-Coronavirus-Proben durchgeführt wurden."

Konaschenkow behauptete, dass die US-Seite den Dokumenten zufolge plante, "im Jahr 2022 in der Ukraine Arbeiten zu Vogel-, Fledermaus- und Reptilienpathogenen durchzuführen, mit einem weiteren Übergang zur Untersuchung der Möglichkeit, dass sie die Afrikanische Schweinepest und Milzbrand übertragen".

Laut Konaschenkow haben Wissenschaftler in der Ukraine auch die Möglichkeit untersucht, dass Krankheitserreger von Wildvögeln übertragen werden, die zwischen Russland und der Ukraine sowie anderen Nachbarländern hin- und herziehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229c6ab48fbef61ce5b98c1.jpg>

11:04 de.rt.com: **Nicolás Maduro: "Der Weltkrieg hat begonnen und seine erste Phase ist eine wirtschaftliche"**

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro ist sich sicher, dass der Weltkrieg bereits begonnen hat. Die erste Phase dieses Krieges sei eine wirtschaftliche. Maduro ruft die internationale Gemeinschaft auf, den Sanktionskrieg zu keinem Atomkrieg eskalieren zu lassen.

Nicolás Maduro hat in der Nacht zum Donnerstag die Verantwortung an dem andauernden Militärkonflikt in der Ukraine denjenigen gegeben, die ihre Vereinbarungen mit Russland nicht erfüllt und stattdessen versucht hätten, das Land "einzukreisen und mit Atomwaffen anzuvisieren". Der venezolanische Staatschef erklärte bei einer im Fernsehen ausgestrahlten Veranstaltung, Venezuela rede der Weltgemeinschaft ins Gewissen:

"Der Weltkrieg hat schon begonnen, und seine erste Phase ist eine wirtschaftliche mit Sanktionen und Blockaden."

Maduro fügte hinzu, dass der Ukraine-Konflikt inzwischen Ungewissheiten am Öl-, Rohstoff- und Lebensmittelmarkt geschaffen habe. Dies wirke sich negativ auf die Preise aus, was ganze Regionen der Welt in Schwierigkeiten bringe.

"Unser Appell ist, dass der wirtschaftliche Weltkrieg nicht weiter eskaliert und sich zu keinem militärischen Krieg und zu keinem Atomkrieg entwickelt, was für die Menschheit das Schlimmste wäre."

Der Präsident des südamerikanischen Landes bestätigte, dass sich seine Regierung um den Frieden in seinem Land, in Lateinamerika und in der ganzen Welt bemühe. Venezuela spiele eine große Rolle in der Geopolitik. Sein Wort habe Gewicht und werde beachtet, resümierte Maduro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229c8ec48fbef561f0f8073.jpg>

11:30 de.rt.com: **Lawrow nach Gesprächen mit ukrainischem Außenminister Kuleba: Ukraine wurde jahrelang zu einem Anti-Russland aufgebaut**

Erstmals seit dem Beginn der sogenannten Militäroperation Russlands in der Ukraine vor zwei Wochen haben sich Russlands Außenminister Sergei Lawrow und sein ukrainischer Amtskollege Dmitri Kuleba getroffen. Die Gespräche fanden unter der Vermittlung der Türkei statt.

Am 10. März hat sich der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow erstmals seit dem Beginn des Ukraine-Krieges mit seinem ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba im türkischen Antalya getroffen. Das trilaterale Treffen fand unter der Vermittlung des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu statt. Ukraines Außenminister Dmytro Kuleba und Russlands Außenminister Sergej Lawrow trennten sich nach eineinhalb Stunden Verhandlungen im türkischen Antalya ohne Ergebnisse.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6229d496b480cc183d033570.jpg>

11:49 de.rt.com: **Kreml: Es gab noch nie einen solchen Wirtschaftskrieg gegen Russland**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten hat die negative Preisentwicklung in Russland kommentiert. Er bestätigte einen schockierenden Einfluss der Sanktionen auf die Wirtschaft, sagte jedoch, dass Maßnahmen zur Stabilisierung ausgearbeitet würden.

Russland arbeite daran, die Folgen der steigenden Inflation zu minimieren, entsprechende Maßnahmen würden umgesetzt, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag. Seinen Angaben zufolge sollen bei einem Treffen Wladimir Putins mit Wirtschaftsvertretern die Lebensmittelpreise, der Betrieb von Zahlungssystemen und die Unterstützung des Bausektors besprochen werden.

Versuche, den weiteren Inflationsanstieg vorherzusagen, seien eine undankbare Aufgabe, meinte Peskow. Eine solche Lage habe es zuvor noch nie gegeben:

„Die Situation ist absolut beispiellos. Es hat noch keinen solchen Wirtschaftskrieg gegeben, wie jetzt gegen unser Land. Daher ist es sehr schwierig, etwas vorherzusagen. Was jetzt erforderlich ist, ist keine Prognose, sondern Handlungen, um die Folgen der negativen und weiteren Risiken zu minimieren.“

Der Dollar- und Eurokurs gegenüber dem Rubel stiegen vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und antirussischer Sanktionen deutlich an. Am Donnerstag verzeichnete der Rubel erneut einen massiven Wertverlust gegenüber dem Euro und US-Dollar. Zudem halten Experten eine Staatsschuldenpleite Russlands in den kommenden Monaten für sehr

wahrscheinlich.

Zu einem neuen Gesetz in der Ukraine, das allen Einwohnern des Landes den Gebrauch von Waffen erlaubt, sagte Peskow, dass, falls Zivilisten bewaffneten Widerstand leisten, russische Soldaten das Recht hätten, Gegenfeuer zu eröffnen. "Wenn jemand unser Militär mit Waffen in der Hand angreift, wird er natürlich auch zu einem Ziel", sagte Peskow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229c85fb480cc10914c2b93.jpg>

nachmittags:

14:22 (12:22) sputnik.by: **Belarussischer Verteidigungsminister besorgt über ausländische Söldner in der Ukraine**

Der belarussische Geheimdienst hat ausländische Söldner entdeckt, die sich entlang der Grenze auf ukrainischem Territorium bewegen, sagte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bei einem Treffen mit dem Militär.

Der belarussische Präsident hat dem Militär die konkrete Aufgabe gestellt, „unserem wichtigsten Verbündeten, der die Aufgaben einer Spezialoperation ausführt“, Rückendeckung zu geben, sagte Verteidigungsminister Viktor Chrenin am Donnerstag nach einem Treffen mit Lukaschenko.

„Wir überwachen alle Ereignisse, die an den Grenzen stattfinden. Wir sehen die Verstärkung der Luftfahrtgruppe, die aus Amerika, seinem kontinentalen Teil, angekommen ist. Sie fliegen täglich und nicht weit von unserer Staatsgrenze entfernt“, sagte Chrenin.

Nach Angaben des Ministers entdeckte das belarussische Militär auch westliche Aufklärungsmittel in der Nähe von Weißrussland sowie Zerstörer mit Lenkflugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 1.600 km, die in der Ostsee angekommen sind.

„Praktisch das gesamte Territorium von Belarus fällt in das betroffene Gebiet. Und das kann uns nur beunruhigen“, betonte Chrenin.

Über Söldner in der Ukraine

Derzeit seien die belarussischen Streitkräfte in einem verstärkten Regime im Einsatz, stellte der Minister fest. Ihm zufolge sind die unmittelbaren Reaktionskräfte bereit, ihre Aufgaben zu erfüllen, außerdem führten an den südlichen Grenzen bereits fünf taktische Bataillonsgruppen Aufgaben zur Deckung der Grenzen aus.

„Wir sind besonders besorgt über die Söldner, die das Territorium der Ukraine betreten. Und zwar unkontrolliert. Welche Aufgaben werden sie erfüllen? Bewegen sie sich nach Tschernobyl?“ fragte Chrenin.

Der Chef des Verteidigungsministeriums betonte noch einmal, dass sich belarussische Soldaten auf dem Territorium ihres Landes befinden und nicht an der russischen Spezialoperation in der Ukraine teilnehmen.

"Noch einmal möchte ich die Botschaft des Präsidenten wiederholen, dass wir auf unserem eigenen Land kämpfen und sterben werden. ... Wir sind alle in Belarus und erfüllen nur

Aufgaben, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Wir haben es getan, wir tun es und wir werden es weiterhin tun", schloss der Minister.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/02/0e/1060364385_0:130:1280:851_1920x0_80_0_0_e8a5270771d58cef6d995c7411ccb087.jpg

dan-news.info: In den befreiten Dörfern Granitnoje und Staroignatjewka hat heute die Auszahlung von Sozialzahlungen begonnen. Renten wurden schon seit dem 7. März gezahlt.

14:28 (12:28) ria.ru: **Dimitri Medwedew über Sanktionen und die Perspektiven ausländischer Unternehmen**

(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats der RF, Dimitri Medwedew, äußerte sich bei VKontakte zu westlichen Sanktionen und den Perspektiven ausländischer Unternehmen in Russland.

Der Westen kann nicht wirklich auf Russland reagieren

„Washington und Brüssel, das nach dessen Pfeife tanzt, können sich nicht beruhigen und erlassen immer mehr dumme Verbote erlassen, weil sie Russland nicht wirklich antworten können. Sie sind lustig“, schrieb Medwedew.

Medwedew kritisierte ausländische Unternehmen dafür, den russischen Markt zu verlassen

„Kürzlich habe ich geschrieben, dass Russland die unangemessene Beschlagnahme von Eigentum russischer Bürger und Unternehmen im Ausland nicht hinnehmen wird. Und ich habe über die Notwendigkeit einer symmetrischen Reaktion gesprochen, einschließlich der Beschlagnahme ausländischer Vermögenswerte und ihrer möglichen Verstaatlichung. Dasselbe gilt für die Weigerung ausländischer Unternehmen, in unserem Land zu arbeiten. Sie beugen sich den Sanktionen und überlassen ihre Kollektive tatsächlich ihrem Schicksal“, schrieb Medwedew.

Ausländische Unternehmen sollten verstehen, dass es nicht einfach werden wird, nach Russland zurückzukehren

Ausländische Unternehmen, unabhängig von den Gründen für ihren Exodus, sollten verstehen, dass es für sie nicht einfach werden wird, auf den russischen Markt zurückzukehren, Russland habe die Sanktionen im Jahr 2014 bewältigt und werde sie auch jetzt bewältigen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew.

„Was auch immer die Gründe für den Exodus sind, ausländische Unternehmen müssen verstehen, dass es nicht einfach sein wird, auf unseren Markt zurückzukehren“, schrieb er. Als Beispiel nannte Medwedew das Jahr 2014.

„Ein Beispiel ist 2014, als der Westen ebenfalls Panik auslöste und Sanktionen verhängte. In

der Vergangenheit gelang es unserem Land jedoch, nachdem es auf diese Aktionen mit symmetrischen Einschränkungen reagiert hatte, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und eine Reihe von Problemen im Bereich der Importsubstitution zu lösen. Wir können jetzt damit umgehen ". bemerkte Medwedjew

Pläne zur Verstaatlichung von Unternehmen, die Russland verlassen haben

„Die russische Regierung arbeitet bereits an Maßnahmen, die den Konkurs und die Verstaatlichung des Eigentums solcher ausländischer Organisationen umfassen. Die Hauptaufgabe besteht darin, zu verhindern, dass Menschen auf die Straße gesetzt werden und neue Produktionsstätten zu schaffen, die auf den von ausländischen Investoren in Panik verlassenen basieren . Dieser Ansatz ist objektiv und fair", schrieb Medwedew.

Europäer werden ihre Jobs aufgrund von Sanktionen gegen Russland verlieren

Washington und Brüssel „... Sie wollen, dass sich private Unternehmen an der Parade dieser zurückgebliebenen Beschränkungen beteiligen. ... Kurzsichtige, russenfeindliche Beamte kümmern sich nicht darum, dass Menschen in Europa und Russland aufgrund dieser dummen, dem gesunden Menschenverstand widersprechenden Entscheidungen ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen verlieren könnten", schrieb Medwedew im sozialen Netzwerk VKontakte.

Medwedew sandte ein „Hallo“ an McDonald's: Wir wissen selbst, wie man Schnitzel und Brötchen macht

Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, schickte ein „Hallo“ an McDonald's und sagte, dass man in Russland selbst wisse, wie man Schnitzel und Brötchen herstellt, und Geschäftsleute, die unter Sanktionen fallen, könnten dies tun.

"Schließlich können wir selbst Schnitzel und Brötchen von ausgezeichneter Qualität herstellen. Übrigens könnten dies Geschäftsleute tun, die unter Sanktionen stehen. Hallo McDonald's!", schrieb er Medwedew.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/08/1777118960_0:0:3199:1800_1280x0_80_0_0_5e7fbb652889c18ad62ae65667702c23.jpg

12:52 de.rt.com: Kiew: Prominente Oppositionelle verschwinden spurlos

In Kiew sind in den letzten Tagen mehrere bekannte Politologen, Journalisten und Aktivisten verschleppt worden. Die Umstände lassen befürchten, dass hier nicht staatliche Organe, sondern rechtsradikale Schlägertrupps am Werk sind. Das Leben der Betroffenen ist in ernsthafter Gefahr.

Kiew erlebt in diesen Tagen eine Welle von Repressionen gegen oppositionelle Politiker, Journalisten und Intellektuelle, wobei vorerst ungeklärt bleibt, ob es sich um staatliche Repression oder um Lynchakte rechtsextremer Banden handelt.

Von Unbekannten verschleppt und spurlos verschwunden sind nach Stand vom

Dienstagabend:

- der Politologe und Journalist Juri Dudkin;
- der ehemalige Offizier des Geheimdienstes SBU (bis 2014) Wlad Mulyk;
- die Mitglieder der Kommunistischen Partei der Ukraine, Alexander und Michael Kononowitsch;

- der Politiker und Geschäftsmann Wassilij Wolga;

- der Politologe Dmitrij Dschangirrow.

Griechen in Mariupol: "Asow hält uns als Geiseln"

Ebenfalls seit vier Tagen gibt es keinerlei Lebenszeichen von der ehemaligen Abgeordneten der Regionenpartei, Journalistin und Bürgerrechtsaktivistin Olena Bondarenko.

Dmitrij Dschangirrow verschwand am Dienstag gegen 16 Uhr Ortszeit. Er hatte sich 2013 scharf gegen den Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU ausgesprochen, ist aber in den letzten Jahren in seinen nahezu täglichen Sendungen auf der von ihm betriebenen Plattform Kapital TV auf geopolitische und intellektuelle Themen ausgewichen.

Seine Ehefrau, die im Gegensatz zu dem Politologen Kiew verlassen hatte, berichtete, das letzte Mal um 15.00 Uhr Ortszeit mit ihm telefoniert zu haben. Gegen 17.00 Uhr Kiewer Ortszeit erschien auf seiner Facebook-Seite ein Video, das den 55-Jährigen in häuslicher Kleidung zeigt. In diesem verurteilt er "den russischen Angriffskrieg" und äußert auch sonst Thesen, die nicht zu seinen Überzeugungen passen.

Viele Leser des Intellektuellen haben anhand der ungewöhnlichen Inhalte und der für Dschangirrow unüblichen grammatikalischen Fehler sofort gemutmaßt, dass er die Aussagen unter Druck tätigt. Zudem sind in dem Video Geräusche und Schreie zu hören, die auf die Anwesenheit Fremder und eine angespannte Stimmung schließen lassen.

Der Verdacht der Leser bestätigte sich, als die Ehefrau von Dschangirrow in den Kommentaren berichtete, dass ihr Mann nicht an das Telefon geht. Sie bat um Hilfe bei der Befreiung ihres Mannes.

Seitdem gibt es von Dschangirrow kein Lebenszeichen. Seine Accounts in den sozialen Netzwerken und der YouTube-Kanal werden seitdem ununterbrochen für ukrainische Kriegspropaganda missbraucht.

Zudem ist die Kontonummer für Spenden ausgewechselt worden: Das eingehende Geld wird nun auf das Konto des Propagandisten Prityla geleitet.

Anhänger des Politologen befürchten, dass er von bewaffneten rechtsradikalen Banden entführt wurde und nicht mehr am Leben ist. Wenn es sich um eine Verhaftung durch den Sicherheitsdienst gehandelt hätte, wären der Ehefrau Telefonate ermöglicht und der Verhaftete wäre am heutigen Tag einem Gericht vorgeführt worden. Nichts davon ist geschehen.

Unter ähnlichen Umständen ist am Montag der Politologe Juri Dudkin verschwunden.

Sein Vertrauter schreibt auf Facebook dazu:

"WARNUNG!!! Das Konto von Juri Dudkin wurde vom SBU gehackt! Der Feed wird mit Fake News gefüttert. Juri wurde in Kiew entführt und von ukrainischen Nationalisten als Geisel genommen! Seine Familie darf ihn nicht kontaktieren! Fallen Sie nicht auf die Provokationen herein! Informieren Sie internationale Menschenrechtsorganisationen im Ausland!!! Bringen Sie die Informationen an alle besorgten Bürger Ihres Landes!!! Juri ist Offizier, Politikwissenschaftler und ein wahrer Patriot der Ukraine!"

Wie im Fall von Dmitrij Dschangirrow werden indes auch im Fall von Dudkin weder Kontakte seiner Angehörigen mit ihm ermöglicht, noch ist er einem Richter vorgeführt worden.

Anwälte haben keinen Zutritt und bekommen vom Sicherheitsdienst keine Informationen zu seinem Aufenthaltsort. All das spricht dafür, dass der Politologe von irregulären Verbänden entführt wurde.

Am Mittwoch erschien auf der Facebook-Seite von Dudkin ein Video, das ihn auf einer menschenleeren Straße zeigt. Er erklärt darin, es gehe ihm gut und er sei nicht erreichbar, weil er "humanitäre Hilfe" leiste. Wann und wo das Video aufgenommen wurde, lässt sich nicht

erkennen.

Von internationalen Organisationen gibt es noch keinerlei Reaktionen auf diese besorgniserregenden Vorfälle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62291fc648fbef570e6225f5.jpg>

Dnronline.su: Auf dem zentralen Platz von Iwankow in der Oblast Kiew, der sich im tiefem Hinterland (der Truppen der RF) befindet, wird humanitäre Hilfe ausgegeben. An der humanitären Mission ist die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa beteiligt. Sie unterhält sich mit örtlichen Einwohnern, stellt Listen mit den benötigten Dingen, Medikamenten und Lebensmitteln zusammen, um sie mit der nächsten Partie zu bringen. „Die ukrainischen Behörden haben alle Brücken, die in die Zentralukraine führen, gesprengt. Entsprechend gibt es keine Lieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten und Hygienemitteln. Deshalb sind wir mit humanitärer Hilfe gekommen, wir in Donezk wissen gut, wie das ist, eine solche Situation zu durchleben“, sagte Natalja Nikonorowa.

13:30 de.rt.com: Moskauer Bürgermeister: Heimische Gastronomie kann McDonald's innerhalb eines Jahres ersetzen

Einheimische Gastronomieketten könnten die rund 250 geschlossenen McDonald's-Restaurants in Moskau innerhalb eines Jahres ersetzen. Dies gab der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin am Donnerstag bekannt. Er sagte:

"Wir haben mit einer Reihe von Unternehmen gesprochen, die in dieser Branche tätig sind, und wir können feststellen, dass dieses gesamte Netz innerhalb von sechs Monaten, höchstens einem Jahr, sicher durch unsere heimischen Unternehmen ersetzt werden kann. Dies gilt umso mehr, als die Lebensmittel selbst zu 99 Prozent von russischen Lieferanten geliefert werden." Er fügte hinzu, dass die Behörden der Hauptstadt beschlossen haben, 500 Millionen Rubel für gezielte Vorzugskredite für die Gründung einer weiteren Fastfood-Kette bereitzustellen, um eine Nische zu füllen, die die ausländischen Partnern verlassen hatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229ef30b480cc178d5f434f.jpg>

15:44 (13:44) ria.ru: **In Deutschland wurde Ex-Kanzler Schröder wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt**

Altkanzler Gerhard Schröder wurde bei der Staatsanwaltschaft Hannover angeklagt, ihm wird ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen, berichteten die Badischen Neuesten Nachrichten.

Die Veröffentlichung zitiert die offizielle Vertreterin der Staatsanwaltschaft Hannover, Kathrin Sefker, die sagte, der Strafantrag beziehe sich auf „den siebten Absatz des Internationalen Strafgesetzbuches (VStGB) ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘“. Der Antrag ... sei vergangene Woche bei der Justiz des Heimatortes des Ex-Kanzlers in Hannover eingegangen. „Wir haben die Unterlagen am Montag an die Bundesanwaltschaft geschickt“, sagte Sefker. Gerhard Schröder ist in den vergangenen Wochen in Deutschland wegen seiner Arbeit für russische Unternehmen heftig kritisiert worden. Es wäre richtig, wenn der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder sich weigern würde, in russischen Unternehmen zu arbeiten, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz am 4. März in einem Interview mit dem ZDF. Zuvor war dem Ex-Bundeskanzler Deutschlands der Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angedroht worden, wenn er Geschäftsbeziehungen zu Russland aufrechterhält.



https://cdn21.img.ria.ru/images/155535/35/1555353555_0:72:3085:1807_1280x0_80_0_0_c_19f9e2527a694bf2effecbd07ae045c.jpg

Dnronline.su: In der DVR ist der 108. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF mit Lebensmitteln, Waren des dringendsten Bedarfs für betroffene Bevölkerung auch auf den befreiten Territorien eingetroffen, teilt das Zivilschutzministerium der DVR mit.

13:58 de.rt.com: **Russland setzt Teilnahme am Europarat aus**

Russland werde nicht länger am Europarat teilnehmen, teilte das russische Außenministerium am Donnerstag mit. Laut offizieller Erklärung setzen die EU und die NATO ihre Linie fort, die Straßburger Organisation und den gemeinsamen humanitären und rechtlichen Raum in Europa zu zerstören.

Wie es auf der Webseite des Ministeriums heißt, setzten die EU- und NATO-Staaten, die Russland gegenüber unfreundlich seien und ihre absolute Mehrheit im Ministerkomitee des Europarates missbrauchten, "ihre Linie fort, den Europarat und das gemeinsame humanitäre Recht in Europa zu zerstören".

Die älteste europäische Organisation erlebe einen Wandel durch die NATO und die EU in eine weitere Plattform für Beschwörungen der westlichen Überlegenheit und des Narzissmus. An diesem Wandel werde Russland nicht teilnehmen. "Sollen Sie die Kommunikation miteinander genießen, ohne Russland", hieß es in der Stellungnahme. Moskau werde sich diese "subversiven Handlungen" nicht gefallen lassen. Die russischen Diplomaten nannten die Lage "einen unumkehrbaren Verlauf der Ereignisse".

Ende Februar hatte die Straßburger Organisation Russland wegen des Militäreinsatzes in der Ukraine seine Vertretungsrechte vorübergehend entzogen. Russland bleibt dennoch formell Mitglied des Europarates.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229adb3b480cc19660d0ff2.jpg>

14:00 de.rt.com: **Wasser aus Dnepr erreicht nach acht Jahren erstmals wieder Krim**

Der Nord-Krim-Kanal wurde in den 1960er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gebaut, um das jahrhundertlange Wasserdefizit der verstepten Halbinsel zu lösen. Er leitet das Wasser aus dem Dnepr kurz vor dessen Mündung in das Schwarze Meer auf die Halbinsel und versorgt dort ein ausgeklügeltes Meliorationssystem aus Wasserspeichern und kleineren Bewässerungskanälen. Nur dadurch wurde in weiten Teilen der Region Landwirtschaft überhaupt möglich, auch Industrien sind auf die Wasserzufuhr angewiesen.

Nach der Eingliederung der Krim und der Stadt Sewastopol in die Russische Föderation im März 2014 sperrte die Ukraine die Wasserzufuhr über den Nord-Krim-Kanal und errichtete Dämme, um die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Kanals zu erschweren. Das hatte gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Lebensbedingungen auf der Krim.

Nach Einnahme der Region Cherson durch russische Truppen Anfang März 2022 wurden die erbauten Dämme im Rekordtempo beseitigt und alle technischen Anlagen des Kanals überholt. Früher als erwartet konnte die Lieferung von Wasser auf die Krim wieder aufgenommen werden. Diese Woche erreichte das Wasser bereits die Krim. Das Video von RIA Novosti zeigt den Krimkanal in der Nähe der Stadt Dschankoi am Mittwoch.

14:21 de.rt.com: **China vor Hintergrund des Ukraine-Krieges: Taiwan-Separatismus wird nicht geduldet**

Die Spannungen zwischen Russland und Washington wegen der russischen Offensive in der Ukraine nehmen aktuell weiter zu. Unterdessen hat Pekings Militär nun die USA und Japan der Einmischung in Taiwan beschuldigt und seine Unterstützung für eine "friedliche Wiedervereinigung" mit der Insel zum Ausdruck gebracht.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat erklärt, dass sie nicht im Streit mit den Bewohnern Taiwans liege, die sie als Landsleute betrachte. Aber sie sei bereit, sich gegen ausländische Einmischungen und Versuche zu wehren, die Insel zu einer unabhängigen Nation zu erklären. Das sagte der Sprecher der Volksarmee, Wu Qiang, am Mittwoch. Und weiter:

"Je mehr die Vereinigten Staaten und Japan in der Taiwan-Frage Wellen schlagen, desto härtere Maßnahmen werden wir ergreifen, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität zu schützen."

Qian erklärte, das Militär unterstütze das Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung mit der Insel, werde aber "niemals die separatistischen Kräfte der 'Unabhängigkeit Taiwans' dulden, die das Mutterland spalten wollen." Der Beamte machte die Führung in Taipeh für die anhaltende Eskalation der Spannungen um die Insel verantwortlich.

Taiwan, das für sich in Anspruch nimmt, der rechtmäßige Vertreter des chinesischen Volkes zu sein, ist in letzter Zeit durch die russische Militäroffensive in der Ukraine in den Fokus geraten. Es wurde spekuliert, dass Peking dem Beispiel Moskaus folgen und versuchen könnte, Taiwan mit Gewalt zu übernehmen. Peking betrachtet die Insel als Teil seines Territoriums, hat diese aber seit Jahrzehnten nicht mehr regiert, seit Taiwan während des chinesischen Bürgerkriegs zur letzten Hochburg der nationalistischen Kräfte wurde.

In einer Rede über die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts in Taiwan sagte der taiwanische Verteidigungsminister, Chiu Kuo-cheng, am Donnerstag voraus, dass nach einem solchen Krieg "jeder unglücklich sein wird, sogar die Sieger."

Anfang der Woche bekräftigte der chinesische Außenminister Wang Yi die Pläne Pekings, Taiwan friedlich zu reintegrieren, anstatt es zu erobern. Auf einer Jahrespressekonferenz am Montag betonte er vor den Medien, dass sich Taiwan als integraler Bestandteil Chinas grundlegend von der Ukraine, einer unabhängigen Nation, unterscheide. Yi erklärte:

"Taiwans Zukunft liegt in der friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße (von Taiwan) und in der Verwirklichung der nationalen Wiedervereinigung. Taiwan wird schließlich in die Umarmung des Mutterlandes zurückkehren."

Yi wetterte gegen ausländische Kräfte, darunter auch die USA, die die Führung der Insel ermutigten, die formale Unabhängigkeit von China anzustreben.

Dieses Vorgehen ist Teil eines größeren Vorstoßes Washingtons zur Umsetzung seiner indopazifischen Strategie, die nach Ansicht Pekings darauf abzielt, die Volksrepublik China einzudämmen und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu untergraben.

Das Ziel der US-Politik in der Region sei es, "eine indopazifische Version der NATO zu schaffen", so der chinesische Minister. Dies widerspreche dem Wunsch der regionalen Nationen nach "Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und Win-Win-Ergebnissen". Wenn die USA damit Erfolg hätten, werde das "eine Katastrophe bedeuten, die den regionalen Frieden und die Stabilität stört", warnte Yi.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229d8f448fbef561f0f808a.jpg>

14:30 de.rt.com: **Selenskij unterzeichnet Gesetz über Zwangsbeschlagnehmung von russischem Eigentum in der Ukraine**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Donnerstag ein Gesetz über die Rechtsgrundlage für die Zwangsbeschlagnehmung von russischem Eigentum und dem ihrer Bürger in der Ukraine unterzeichnet. Am 3. März hatte die Werchowna Rada ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Als Begründung nannte das ukrainische Parlament "das aggressive Vorgehen Russlands gegen die Ukraine und das ukrainische Volk".

Laut dem Dekret darf die Beschlagnehmung ohne finanzielle Entschädigung erfolgen, als Motiv für den Schritt kann "militärische Notwendigkeit" dienen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6229f97c48fbef564f15961f.jpg>

14:59 de.rt.com: **Hat Russland wirklich eine Geburtsklinik in Mariupol bombardiert?**

Dutzende von Videos zeigen den angeblichen Beschuss eines Kinderkrankenhauses in Mariupol durch russisches Militär. Der ukrainische Präsident spricht von zahlreichen Menschen unter den Trümmern. Westliche Medien übernahmen diese Behauptung völlig unhinterfragt. Doch was ist tatsächlich über den Vorfall in Mariupol bekannt?

Pro-ukrainische und westliche Telegram-Kanäle berichten seit Tagen von angeblich Dutzenden von Opfern und Verletzten unter den Trümmern eines Kinderkrankenhauses in Mariupol, das von russischer Seite beschossen worden sei. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij behauptet dasselbe und fordert erneut, dass die NATO den Luftraum über der Ukraine schließt:

"Mariupol. Ein Volltreffer durch russische Truppen im Krankenhaus. Menschen unter den

Trümmern. Kinder unter den Trümmern. Das ist eine Gräueltat! Wie lange wird die Welt noch mitschuldig bleiben, wenn sie den Terror ignoriert? Schließen Sie sofort den Himmel! Stoppen Sie die Morde sofort! Sie haben die Macht. Aber Sie scheinen die Menschlichkeit zu verlieren."

Doch was wissen wir bisher über den Vorfall in Mariupol? Angeblich soll es sich um die Geburtsklinik Nummer 1 der Stadt Mariupol handeln. Andere berichten, dass es ein Krankenhauskomplex mit einer Kinderabteilung getroffen habe.

Was die Geburtsklinik Nummer 1 angeht, so hatte der offizielle Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja am 7. März erklärt, dass es in der Einrichtung weder Personal noch Patienten gegeben habe und wies darauf hin, dass laut Angaben von Augenzeugen das gesamte Personal des Krankenhauses dazu gezwungen worden sei, die Einrichtung dem ukrainischen Militär zu überlassen, das sich dort in Stellung gebracht habe. Das Vorgehen des ukrainischen Militärs wurde ebenfalls in einem Interview des krenmlkritischen Nachrichtenportals Lenta.ru vom Sohn einer Mitarbeiterin einer Entbindungsklinik, der sich als Igor vorgestellt haben soll, bestätigt. Ihm zufolge "kamen in den letzten Februartagen Soldaten in die Klinik. Das Militär schmiss das Personal raus und richtete in dem Gebäude Schützenpositionen ein." Unklar bleibt, ob die Rede von derselben Geburtsklinik ist, da das Portal weder den Namen der Einrichtung noch die Adresse nennt, die im Interview gefallen sein könnten.

Darüber hinaus berichteten Militärkorrespondenten mehrerer Medien jedoch:

"Seit Beginn der Militäroperation ist das Entbindungs Krankenhaus von Mariupol von zwei Kompanien der 36. Marinebrigade besetzt. Alle Patienten und das Personal wurden in andere Einrichtungen verlegt oder nach Hause geschickt."

Noch am 5. März teilte das russische Verteidigungsministerium mit:

"Kämpfer der nationalistischen Bataillone Asow und Aidar beschießen DVR-Truppen in Mariupol von ihren Stellungen in Schulen, Krankenhäusern, Entbindungskliniken und Kindergärten aus."

Allgemein ist anzumerken, dass Moskau bereits mehrmals darauf hingewiesen hat, dass das ukrainische Militär sein Kriegsgerät und Positionen gezielt in Wohngebäuden oder Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern stationiere, um das Feuer der russischen Armee auf diese zivilen Einrichtungen zu lenken. Somit verwende Kiew seine Zivilbevölkerung als lebendige Schutzschilde.

Nutzer in den sozialen Netzwerken haben darauf hingewiesen, dass Ungereimtheiten in den online veröffentlichten Videos zu erkennen seien. Es wird unter anderem darauf hingewiesen, dass es viele Tote und Verletzte gegeben hätte, wenn eine Fliegerbombe im Hof eines angeblich solch betriebsamen Krankenhauses eingeschlagen wäre. Zudem bestehe kein Zweifel daran, dass die ukrainische Seite mindestens einen Teil der Opfer zur Schau gestellt hätte.

Die Explosion soll sich im Innenhof des Geburtskrankenhauses ereignet haben. Allerdings seien in den Videos nicht einmal Blutspuren von Opfern zu sehen, die von Glasscherben zerspringender Fensterscheiben hätten verletzt worden sein müssen.

Eine [Twitter-Nutzerin](#) weist unter anderem darauf hin, dass in einem Video, das das angebliche Kriegsverbrechen aus dem Inneren des Gebäudes dokumentieren soll, ein Eimer mit einer roten Flüssigkeit zu sehen sei, von dem der Filmende versuche abzulenken, nachdem er den Behälter aus Versehen gefilmt habe.

Nach Angaben der ukrainischen Seite sollen 17 Menschen verletzt worden sein. Drei Personen, unter ihnen ein Kind, seien ums Leben gekommen. Bisher gab es keine Möglichkeit, diese Angaben unabhängig zu bestätigen.

Während einer Pressekonferenz auf dem Diplomatieforum in Antalya betonte der russische Außenminister Sergei Lawrow auf die Frage nach dem Vorfall Folgendes:

"Auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrats hat unsere Delegation die Fakten präsentiert, dass

diese Entbindungsklinik vor langer Zeit vom radikalen Asow-Bataillon übernommen wurde. Alle Frauen in der Geburtsklinik, alle Krankenschwestern und alle Betreuer wurden hinausgeworfen."

"Es war ein Stützpunkt des ultra-radikalen Asow-Bataillons. Diese Daten wurden vor drei Tagen vorgelegt. Sie können also Ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen, wie die öffentliche Meinung in der Welt manipuliert wird."

Während des Sondereinsatzes der russischen Streitkräfte in der Ukraine wütet im Internet ein noch nie dagewesener Informationskrieg, bei dem Unmengen an Fake News zum Einsatz kommen. Dabei werden auch Videos und Fotos aus anderen Krisengebieten wie zum Beispiel dem Syrienkonflikt verwendet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229efb7b480cc181171de3f.png>

17:15 (15:15) sputnik.by: **Weißrussland hat die Möglichkeit der Stromversorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl sichergestellt**

Gemäß den Anweisungen des Präsidenten der Republik wurde die Stromleitung des Kernkraftwerks Mosyr-Tschernobyl unter Spannung gesetzt, teilte der Pressedienst des Energieministeriums am Donnerstag mit.

Am Mittwoch hatten ukrainische Nationalisten das Umspannwerk und die Stromleitungen des Kernkraftwerks Tschernobyl angegriffen, am Donnerstag wies Lukaschenko an, das Kernkraftwerk Tschernobyl mit Strom zu versorgen.

Laut dem Präsidenten soll die Lieferung über die alten Stromleitungen, die seit Sowjetzeiten in Weißrussland eingemottet wurden, nach Tschernobyl erfolgen. Das Energieministerium berichtete über die geleistete Arbeit.

"Es wurden Arbeiten zur Spannungsversorgung über eine Hochspannungsleitung durchgeführt, die das 330-kV-Umspannwerk Mosyr und die Stromnetzanlagen des Kernkraftwerks Tschernobyl verbindet. Die durchgeführten Arbeiten bieten die Möglichkeit, die Anlagen von Tschernobyl mit Strom zu versorgen", teilt der Pressedienst in einer Erklärung mit.

Aktuell werde jedoch noch kein Strom geliefert.

Kraftwerk unter Kontrolle

Das russische Militär übernahm am 24. Februar die Kontrolle über das Kernkraftwerk Tschernobyl. Kurz zuvor sperrte die Ukraine die Sperrzone des Atomkraftwerks Tschernobyl nahe der Grenze zu Weißrussland für Touristen. Es wurde berichtet, dass der Strahlungshintergrund an der Anlage und in der Nähe nicht zugenommen hat. Der Betrieb gehe weiter.

Auch das AKW Saporoshje steht unter der Kontrolle der russischen Einheiten. Das Kraftwerkspersonal arbeitet normal, die Soldaten der Nationalgarde der Ukraine, die die Anlage bewachten, gaben ihre Waffen ab und durften nach Hause gehen.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation, Alexander Nowak, stellte fest, dass Aussagen über Angriffe russischer Streitkräfte auf das Kernkraftwerk

Saporoschtscha in der Ukraine falsch und gelogen seien, das russische Militär mit ukrainischen Spezialisten zusammenarbeite und eine ständige Kommunikation mit der IAEA aufrechterhalten werde.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/0a/1061211692_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_7d87baaafc3030bfb5ee73749144c8c5.jpg

17:15 (15:15) ria.ru: **Mischustin nannte die Voraussetzung für die Einführung von externem Management in Unternehmen**

Die meisten ausländischen Unternehmen kündigen eine vorübergehende Einstellung der Arbeit in der Russischen Föderation an, während Arbeitsplätze und Löhne aufrechterhalten werden. Die Regierung werde diese Situation sorgfältig überwachen, sagte der russische Premierminister Michail Mischustin.

„Die meisten Unternehmen kündigen eine vorübergehende Suspendierung mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen und Löhnen an, und wir werden diese Situation sorgfältig beobachten“, sagte Mischustin bei einem Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Ministerkabinett.

Er sprach auch über die möglichen Gründe für die Einführung von externem Management in ausländischen Unternehmen. „Es wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, der darauf abzielt, die Schließung der Produktion zu verhindern. Wenn ausländische Eigentümer das Unternehmen unberechtigt schließen, schlägt die Regierung in solchen Fällen vor, eine externe Verwaltung einzuführen. Abhängig von der Entscheidung des Eigentümers wird sie das weitere Schicksal des Unternehmens bestimmen. Die Hauptaufgabe wird darin bestehen, das Profil der Organisation und die Arbeitsplätze der Mitarbeiter zu wahren“, sagte Mischustin.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/02/1776052225_0:0:3215:1808_1280x0_80_0_0_b74738a84c196a034e3067e5f4418a58.jpg

17:20 (15:20) sputnik.by: **Gryslow erläuterte Einzelheiten der Verhandlungen mit der Ukraine**

Die ukrainische Seite werde die Notwendigkeit erkennen, den von Russland gestellten Bedingungen zuzustimmen, sagte der russische Botschafter in Weißrussland, Boris Gryslow, gegenüber Sputnik.

Ihm zufolge waren die ersten Tage seines Aufenthalts in Belarus in Bezug auf die Organisation der Arbeit des Botschafters angespannt. Im Februar habe es neue Anweisungen im Zusammenhang mit Russlands spezieller Militäroperation in der Ukraine gegeben.

„Ich wurde in die Verhandlungsgruppe aufgenommen und es haben bereits drei Verhandlungsrunden stattgefunden. Unsere Bedingungen sind klar, sie wurden den Verhandlungsführern aus der Ukraine vorgelegt“, erinnerte er sich.

Boris Gryslow betonte, dass diese Bedingungen in Russland und Weißrussland als notwendig wahrgenommen werden - dies sind die Entmilitarisierung der Ukraine, die Entnazifizierung als bedingungslose Komponente, der Status der dauerhaften Neutralität der Ukraine und die Anerkennung als unabhängige Staaten der LVR und der DVR sowie der Streichung aller Fragen zum Status der Krim.

„Weil die Krim das Territorium Russlands ist, wie unser Präsident Wladimir Putin sagte: Dieses Seite der Geschichte wurde abgeschlossen“, betonte der Chef der russischen Auslandsvertretung.

Komplexe Logistik des Verhandlungsprozesses

Danach machte er darauf aufmerksam, dass der Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlungen von der ukrainischen Delegation immer wieder verschoben worden sei.

"Wir verstehen ihre logistischen Schwierigkeiten bei der Ankunft am Verhandlungsort. Sie benutzen polnische Hubschrauber, also kommen sie zuerst nach Polen und dann zu unseren Verhandlungen in der Republik Belarus", erklärte der russische Botschafter.

Gleichzeitig erinnerte er daran, dass die erste Verhandlungsrunde in der Nähe der ukrainischen Grenze in der Region Gomel stattfand, aber da die Logistik in diesem Fall für die ukrainische Delegation schwierig war, wurden sie gebeten, die Verhandlungen in der Nähe der belarussisch-polnischen Grenze zu führen .

"Dies ist der Bezirk Kamenezki. Kamenjuki ist die nächstgelegene Siedlung zu dem Ort, an dem wir uns getroffen haben. Sie kommen mit einem polnischen Hubschrauber aus dem Gebiet Polens an, und wir wissen nicht, wie wir dorthin gelangen sollen. Aber, wie sie sagen, sieben bis acht Stunden", sagte Boris Gryslow.

Seiner Meinung nach erfuhr die ukrainische Seite wahrscheinlich angesichts einer solchen Komplexität in der Logistik große Verzögerungen vor Beginn der Verhandlungen.

„Ich möchte, dass die ukrainische Seite die Gespräche nicht als persönliche PR wahrnimmt, sondern als Chance, zahlreiche Opfer zu verhindern“, betonte der russische Diplomat.

Algorithmus der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine

Der Botschafter Russlands betonte, dass man (die russische Seite, A.d.Ü.) während der Gespräche Entwürfe von Dokumenten entwickelt habe, die bereits zum Studium eingereicht wurden.

„Laut der ukrainischen Delegation dauert es mindestens zwei oder drei Tage, um sich mit diesen Dokumenten vertraut zu machen“, sagte er.

Boris Gryslow erinnerte daran, dass auf türkischem Territorium ein Treffen der Außenminister Russlands und der Ukraine stattfinden werde. Die Ergebnisse des Gesprächs zwischen Sergej Lawrow und Dmitri Kuleba können unter anderem zur weiteren Lösung der aktuellen Situation beitragen.

„Normalerweise haben wir uns vier Tage später erneut getroffen. Dann würde ein solcher Tag morgen sein, aber bis jetzt gab es keine Diskussion über den genauen Zeitpunkt des Treffens. Daher wird es möglicherweise nicht morgen sein, sondern etwas später. “, verriet er die

Details.

Der Botschafter äußerte auch die Hoffnung, dass die Verhandlungen mit der ukrainischen Seite ein echter Prozess und keine Verzögerung ihrerseits würden: „Wir haben wichtige Dokumente mit konkreten Punkten übergeben, über die man sich einigen muss.“

Unsere Position ist unverändert, deshalb überzeugen wir die ukrainische Seite von der Notwendigkeit, die Forderungen der russischen Seite anzuerkennen“, betonte er.

Vollmacht und Verhandlungsprotokolle

Boris Gryslow erinnerte an seine Erfahrungen bei der Arbeit in der dreigliedrigen Kontaktgruppe zu den Minsker Abkommen und sagte, dass die Delegationsleiter der ukrainischen Seite wiederholt erklärt hätten, dass sie keine Befugnisse hätten.

„Wir sind bereit zu diskutieren, aber es gibt keine Entscheidungsbefugnis. Daher möchte ich nicht glauben, dass die derzeitige ukrainische Delegation, die jetzt an Verhandlungen mit uns teilnimmt, in derselben Position ist“, äußerte er seine Hoffnung.

Danach fügte er hinzu, dass die (russischen) Vorschläge zur Unterzeichnung eines Protokolls des Treffens zu den Ergebnissen der vorangegangenen Verhandlungsrunde von der ukrainischen Seite abgelehnt worden seien.

"Wir hoffen, dass wir in der vierten Verhandlungsrunde etwas unterzeichnen können", sagte der russische Diplomat.

Ihm zufolge nehmen an den laufenden Verhandlungen ukrainische Politiker teil, die zuvor über die Minsker Vereinbarungen gesprochen haben. Dabei geben sie zu, dass es besser gewesen wäre, all diese Anforderungen zu erfüllen, als sich der aktuellen Situation zu stellen.

"Sie beschwerten sich, dass die Minsker Vereinbarungen nicht im Rahmen unseres Verhandlungsprozesses umgesetzt wurden und die Situation so weit fortgeschritten ist. Wenn sie dies verstehen, müssen sie sich entscheiden, den von der russischen Delegation formulierten Vorschlägen zuzustimmen", zeigte sich der russische Botschafter zuversichtlich.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/03/0a/1061195869_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_f52fbe5c342bcb902af843a056add8c1.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Die militärisch-politische Lage bei der gemeinsamen Operation der DVR, der LVR und der RF am 10.3. um 17:00 Uhr**

Vor dem Hintergrund des Erfolgs der Truppenoperation zur Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine **hat die EU Kiew aufgerufen, von der Perspektive eines EU-Eintritts in der nächsten Zeit Abstand zu nehmen.**

Der EU-Kommissar Josep Borrell unterstrich, dass die Führung der EU versucht, eine Eskalation und Ausweitung des Krieges zu vermeiden. Der Politiker ist überzeugt, dass ein solcher Schritt zu einem dritten Weltkrieg mit Einsatz von Nuklearwaffen führen könnte.

„Die NATO wird sich an diesem Krieg nicht beteiligen, dies sagte ihr Generalsekretär, weder

direkt noch indirekt, das sagte der US-Präsident“, erklärte er.

Borrell fügte hinzu, dass die EU auch weiter finanzielle Sanktionen gegen Russland verhängen könnte, aber die derzeitige Situation in Europa erlaubt dies nicht weiter, weil die EU schon alles getan habe, was sie konnte.

Der Staatssekretär im Außenministerium Frankreichs Clément Baune fügte hinzu, dass die Aufnahme der Ukraine und einer Reihe anderer Staaten in die EU weitere fragwürdige Probleme bei der Entscheidungsfindung in der Union erzeugen könnte, aber Brüssel wird die proeuropäische Richtung Kiews weiter unterstützen.

In der Türkei fanden Verhandlungen der Außenminister Russlands Sergej Lawrows und des Vertreters Kiews Dmitrij Kuleba statt. Die ukrainische Seite stellte das Fehlen jeglicher Perspektiven fest, eine Lösung bezüglich der Feueereinstellung zu ihren Bedingungen zu erreichen.

Kuleba betonte, dass Kiew trotz des 15. Tages der Militäroperation zur Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine nicht auf die von Russland gestellten Forderungen eingehen werde. Außerdem bestätigte der ukrainische Außenminister, dass die NATO nicht bereit sei, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Sergej Lawrow erklärte seinerseits, dass Russland nicht beabsichtige, den Verhandlungsprozess parallel zu den Treffen der Delegationen in Belarus zu verschleppen und zu verzögern.

"Wir haben über humanitäre Fragen gesprochen und erklärt, welche Maßnahmen unser Militär vor Ort ergreift", sagte er.

Lawrow fügte hinzu, dass die Streitkräfte der RF weiterhin täglich humanitäre Korridore bei Städten unterhalten würden, in denen Kämpfer der BFU sich hinter der Bevölkerung als „lebendes Schild“ verstecken.

Der Diplomat betonte, dass Russland die Ukraine nicht angegriffen habe und keine Pläne habe, andere Länder anzugreifen.

Der russische Außenminister äußerte sich zu einer weiteren Inszenierung ukrainischer Kämpfer in dem zerschlagenen Truppenteil „Asow“ auf dem Gelände eines Entbindungskrankenhauses von Mariupol.

„Das Entbindungskrankenhaus ist nicht das erste Mal, dass wir hypothetische Schreie über die so genannten „Gräueltaten“ hören, die „von den russischen Streitkräften begangen werden“.

Am 7. oder 6. März, ich weiß es nicht mehr genau, aber auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats wurden von unserer Delegation Fakten vorgelegt, dass dieses Entbindungskrankenhaus seit langem von dem „Asow“-Bataillon und anderen Radikalen besetzt war, aus dem alle Gebärenden, alle Krankenschwestern und alle Pfleger rausgeschmissen wurden, es war ein Stützpunkt des ultra-radikalen Bataillons", sagte er. In den Chatrooms von Mariupol und in den sozialen Medien sind die Bewohner der Stadt empört über die Weigerung der ukrainischen Behörden, die Zivilbevölkerung zu evakuieren. Die Bevölkerung versteht nicht, warum sie als „menschliches Schutzschild“ benutzt wird. Die Einwohner bestätigen, dass sich weder Personal noch Patienten in der Entbindungsklinik aufhielten und dass es sich bei dem gesamten Material, das erschienen ist, um eine Inszenierung von Medienprofis handelt.

In der Zwischenzeit hat Wladimir Selenskij ein neues ukrainisches Gesetz „Über die wichtigsten Bestimmungen der obligatorischen Beschlagnahme von Eigentumsrechten der Russischen Föderation und ihrer Residenten in der Ukraine“ unterzeichnet, das die Beschlagnahme von Eigentum und anderen Vermögenswerten russischer Bürger in der ehemaligen Ukrainischen SSR ermöglicht.

Das russische Verteidigungsministerium hat **Materialien des amerikanischen „Projekts UP-8“ entdeckt, aus dem hervorgeht, dass das Virus des Hämorrhagischen Kongo-Krim-Fiebers und Hantaviren in der Ukraine untersucht werden.** Es wird betont, dass diese Arbeiten die öffentliche Behauptung der USA, die Biolaboratorien des Pentagons in der

Ukraine würden ausschließlich von ukrainischen Wissenschaftlern ohne Beteiligung von amerikanischen Biologen betrieben, vollständig widerlegen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der RF haben die USA und ihre Verbündeten an der Entwicklung von Biowaffen gearbeitet, die selektiv gegen verschiedene ethnische Gruppen eingesetzt werden können.

15:46 de.rt.com: **Kuleba nach Verhandlungen mit Lawrow: Keine Fortschritte bei friedlicher Lösung**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hat die anderthalbstündigen Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow als "schwierig" bezeichnet. Eine Einigung über eine Waffenruhe sei nicht erreicht worden, teilte Kuleba mit.

Am Donnerstag haben sich die Außenminister Russlands und der Ukraine, Sergei Lawrow und Dmitri Kuleba, unter Vermittlung ihres türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu in der türkischen Hafenstadt Antalya getroffen. Im Anschluss an das Treffen bezeichnete Kuleba die Verhandlungen als "schwierig" und erklärte, den Seiten sei es nicht gelungen, Fortschritte bei der friedlichen Lösung des Konflikts zu erreichen und über eine Waffenruhe zu verhandeln.

Kiew habe versucht, diplomatische Wege aus der Situation zu finden. Kuleba betonte jedoch, die Ukraine werde die russischen Forderungen nicht erfüllen. Russland knüpfe eine Waffenruhe an die Erfüllung seiner Forderungen. Die Ukraine habe jedoch nicht aufgegeben und werde das auch nie tun, unterstrich der ukrainische Außenminister.

Kuleba erklärte weiter, er sei nach Antalya gekommen, um über eine mindestens 24-stündige Waffenruhe und die Schaffung eines humanitären Korridors aus Mariupol zu verhandeln.

Fortschritte in humanitären Fragen seien nicht erreicht worden, da in Russland offensichtlich andere Stellen für solche Entscheidungen zuständig wären, sagte der ukrainische Außenminister.

Die Ukraine befinde sich Kuleba zufolge in einem "sicherheitsleeren Raum" und Kiew müsse "geschickt" sein, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Dafür brauche die Ukraine Garantien. Kuleba wörtlich:

"Wenn wir eine Einigung erzielen können, dass der Ukraine ein System von Garantien, ähnlich denen, die im Nordatlantikvertrag vorgesehen sind, von den Ländern gewährt wird, die ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind, darunter natürlich Russland, und der Türkei als ein befreundetes Nachbarland und allen unseren Nachbarn, dann sind wir bereit, darüber zu sprechen."

Die Reaktion der Allianz auf die heutigen Ereignisse mache deutlich, dass die NATO nicht bereit sei, den Krieg aufzuhalten und die zivile Bevölkerung der Ukraine zu schützen, erklärte Kuleba. Außerdem teilte der ukrainische Außenminister mit, dass der NATO-Beitritt der Ukraine weder bald noch in naher Zukunft geschehen wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229f66048fbef561f0f80b5.jpg>

16:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Westen plant höchstwahrscheinlich Entwicklung von Biowaffen für Angriff gegen verschiedene ethnische Gruppen**

Das russische Verteidigungsministerium prüfe weiterhin die Unterlagen über die Umsetzung der militärischen und biologischen Programme der USA und ihrer NATO-Verbündeten in der Ukraine. Das teilte Igor Kirillow, der Leiter der ABC-Schutztruppen der russischen Streitkräfte, am Donnerstag bei einem Briefing mit. Ihm zufolge lägen der Behörde Informationen aus verschiedenen Quellen vor, die auf die führende Rolle des US-Verteidigungsministeriums bei der Finanzierung und Durchführung militärischer und biologischer Forschung in der Ukraine hindeuteten.

Des Weiteren enthüllte Kirillow Details einzelner Projekte, bei denen unter anderem der Einsatz von Zugvögeln und Fledermäusen als Träger von potenziellen Biowaffenagenten untersucht wird. Er betonte:

"Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Forschung in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen stattfindet – in Gebieten entlang der Schwarzmeerküste und im Kaukasus."

An der Umsetzung dieser Projekte seien Biolabore nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Georgien beteiligt. Diese seien dem Pentagon unterstellt, fügte Kirillow hinzu. Darüber hinaus würden die dem Verteidigungsministerium vorliegenden Dokumente von zahlreichen Fällen der Weitergabe biologischer Proben ukrainischer Bürger ins Ausland zeugen, darunter nach Australien und Deutschland. Der Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen schlussfolgerte:

"Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann man sagen, dass eines der Ziele der USA und ihrer Verbündeten darin besteht, biologische Kampfstoffe zu entwickeln, die selektiv verschiedene ethnische Bevölkerungsgruppen angreifen können."

Auch habe Victoria Nuland, Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, bei den Beratungen im außenpolitischen Ausschuss des US-Senats am Dienstag erwähnenswerte Äußerungen getätigt. Diese seien laut Kirillow ein indirekter Beweis für die Umsetzung des militärischen und biologischen Programms des US-Verteidigungsministeriums in der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a206948fbef55f010777f.jpg>

16:13 de.rt.com: **US-Regierung beschließt milliardenschweres Hilfspaket für die Ukraine**
US-Abgeordnete haben ein Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von fast 14 Milliarden US-Dollar beschlossen. Neben wirtschaftlicher Hilfe soll auch die Verteidigungsfähigkeit des Landes gestärkt werden.

Das US-Repräsentantenhaus hat am Mittwoch ein neues Gesetz über den Finanzhaushalt der US-Regierung verabschiedet, das ein Hilfspaket in Höhe von 13,6 Milliarden US-Dollar für die Ukraine inmitten des Konflikts mit Russland enthält.

Die Mittel sollen für humanitäre und wirtschaftliche Hilfe für die Ukraine sowie für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und weiterer Verbündeter Washingtons in Europa, einschließlich der baltischen Staaten, verwendet werden.

Ursprünglich hatte die US-Regierung das Abgeordnetenhaus um 6,4 Milliarden US-Dollar gebeten, um auf den russischen Militäreinsatz in der Ukraine Ende Februar zu reagieren.

Seither hat sich die Summe jedoch mehr als verdoppelt. Chuck Schumer, der Mehrheitsführer im Senat sowie die Senatssprecherin Nancy Pelosi, verkündeten am Mittwoch in einer gemeinsamen Erklärung:

"Das tapfere, freiheitsliebende ukrainische Volk und unsere Verbündeten in der Region werden dringend benötigte Investitionen erhalten, um Wladimir Putin und die illegale und unmoralische Invasion der Russen zu bekämpfen."

Pelosi deutete auch an, dass das milliardenschwere Paket wahrscheinlich nur der Anfang der Hilfsbemühungen für Kiew sein werde. Auf einer Pressekonferenz betonte sie, dass "wir alle mehr tun müssen", um der Ukraine während des Konflikts und beim Wiederaufbau zu helfen.

Das US-Repräsentantenhaus unterstützte auch die Entscheidung von US-Präsident Joe Biden, seine Exekutivbefugnisse zu nutzen, um die Einfuhr von Öl und Gas aus Russland im Rahmen der Sanktionen gegen Moskau zu verbieten. Das entsprechende Gesetz wurde mit 414 zu 17 Stimmen verabschiedet, nur 15 Republikaner und zwei Demokraten lehnten es ab.

Ken Calvert, der führende Republikaner im US-Verteidigungsunterausschuss des Bewilligungsausschusses, sagte über das Hilfspaket für die Ukraine:

"Wir müssen dieses Gesetz so schnell wie möglich auf den Schreibtisch des Präsidenten bringen, um auf diese Aggression zu reagieren."

Der Haushaltsentwurf in Höhe von 1,5 Billionen US-Dollar, mit dem der Betrieb der US-Behörden bis zum 30. September aufrechterhalten werden soll, wurde jetzt an den US-Senat weitergeleitet, der bis Freitag um Mitternacht darüber entscheiden muss, um eine Unterbrechung der Arbeit der US-Regierung zu verhindern.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229bf0fb480cc181171de15.jpg>

16:45 de.rt.com: **Russische Regierung legt Warengruppen fest, deren Ausfuhr vorübergehend verboten ist**

Die russische Regierung verbietet bis Ende 2022 die Ausfuhr von mehr als 200 Arten von Waren aus Russland. Das meldet die Agentur RIA Nowosti.

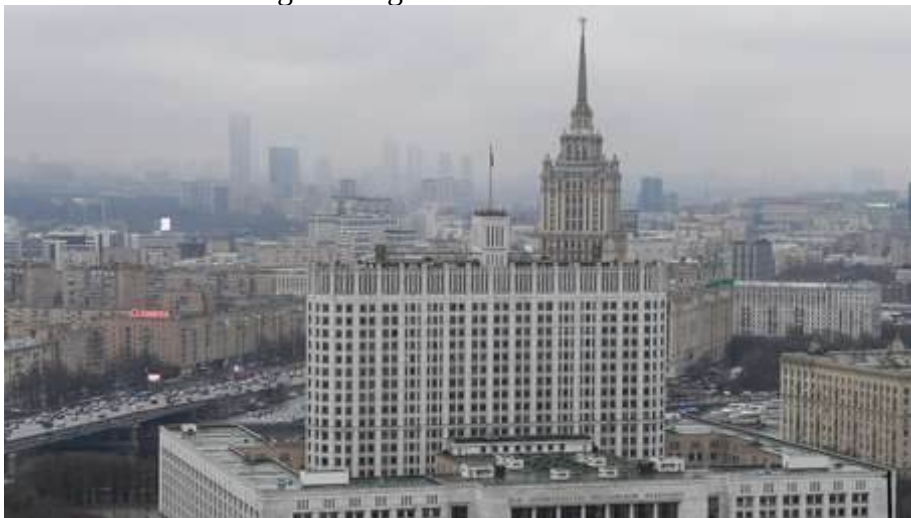
Wie der Pressedienst des Ministerkabinetts mitteilte, hat die Regierung eine Liste von Ausrüstungsgegenständen genehmigt, die zuvor nach Russland eingeführt worden waren und das Land bis Ende 2022 nun nicht mehr verlassen dürfen.

"Die Liste umfasst technische, telekommunikative und medizinische Ausrüstungen, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Ausrüstungen – insgesamt mehr als 200 Artikel, darunter Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Panels",

so die Erklärung der russischen Regierung. Wie es heißt, sei diese Entscheidung notwendig, um die Stabilität des russischen Markts zu gewährleisten. Die Ausfuhr von Waren wurde für alle Staaten mit Ausnahme der Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion, Abchasien und Südossetien beschränkt. Die Genehmigungen für Ausfuhren in diese Länder werden von den jeweiligen russischen Ministerien für Landwirtschaft, für Verkehr, für Industrie und Handel, vom Finanzministerium und dem Ministerium für natürliche Ressourcen erteilt.

Außerdem hat die Regierung den Verkauf bestimmter Holzarten an russlandfeindliche Länder bis Ende des Jahres verboten.

Die Liste der unfreundlichen Staaten und Gebiete umfasst 48 Länder und Territorien, die nach der Einleitung der russischen Militäroperation in der Ukraine antirussische Sanktionen verhängt hatten. Es ist vorgesehen, dass der russische Staat, Bürger und Unternehmen, die Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern aus der Liste haben, diese in Rubel begleichen können. Alle Transaktionen mit natürlichen und juristischen Personen aus diesen Ländern müssen zudem von der Regierungskommission für Investitionskontrolle genehmigt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a21bab480cc5f83479cfe.jpg>

16:56: de.rt.com: **Russischer Außenminister Lawrow zu Mariupol: "Es war die Basis der Asowschen Ultraradikalen"**

Erstmals seit dem Beginn der Militäroperation Russlands in der Ukraine vor zwei Wochen haben sich Russlands Außenminister Sergei Lawrow und sein ukrainischer Amtskollege Dmitri Kuleba getroffen. Die Gespräche fanden unter der Vermittlung der Türkei statt.

Bei den Verhandlungen in Weißrussland habe die russische Seite äußerst konkrete Ideen als Entwurf eines Rechtsdokuments für die Lösung des Konflikts vorgestellt. Das erklärte der

russische Außenminister Sergei Lawrow nach dem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba in Antalya. Die Gespräche dauerten anderthalb Stunden. Danach gab Lawrow eine Pressekonferenz.

Lawrow betonte dabei das russische Interesse an den weiteren Verhandlungen mit der Ukraine, bezeichnete aber das bisherige Weißrussland-Format als alternativlos. Das Treffen im türkischen Antalya dürfe die Hauptkontakte zwischen Moskau und Kiew in Weißrussland nicht ersetzen. Der russische Minister warf in diesem Zusammenhang der ukrainischen Seite vor, eine reale Arbeit durch äußerliche, lediglich für das Publikum bestimmte Effekte ersetzen zu wollen. Lawrow zufolge sollten in Weißrussland praktische Probleme des Konflikts wie Feuerpausen und humanitäre Korridore erörtert werden. Es dürfe keine Parallelplattform zur Beilegung der Situation in der Ukraine entstehen, obwohl Moskau für alle Kontakte offen sei, erklärte Lawrow.

"Bei der jüngsten Verhandlungsrunde in Weißrussland stellte die russische Seite äußerst konkrete Ideen als Entwurf eines Rechtsdokuments vor."

Der russische Außenminister teilte mit, die ukrainische Seite habe eine baldige Antwort darauf versprochen. Auch sei ein mögliches Gespräch zwischen Wladimir Putin und Wladimir Selenskij thematisiert worden.

Lawrow wiederholte die Gründe der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine:

"Wir wollen eine freundschaftliche und demilitarisierte Ukraine, eine Ukraine, in der keine Entstehung eines weiteren Nazistaates droht und in der es kein Verbot für die russische Sprache, die russische Kultur und die Russisch-Orthodoxe Kirche gibt."

Der Westen brauche von der Ukraine nur eines – und zwar, dass sie alles Russische bekämpfe, erklärte Lawrow. Dabei erinnerte er an ein ukrainisches Sprachengesetz, das zuerst alle anderen Sprachen außer dem Ukrainischen im Land, darunter auch Ungarisch, Bulgarisch und Rumänisch, diskriminiert habe. Die dementsprechend betroffenen EU-Länder hätten – neben Russland – dagegen protestiert. Dann habe die Regierung in Kiew eine Ausnahme für alle Sprachen der "Europäischen Union" (EU) verabschiedet und somit allein das Russische aller Rechte beraubt. Darüber habe sich die EU jedoch ausgesprochen. Lawrow warf dem Westen vor, die Ukraine über mehrere Jahre hinweg zu einem Antirussland gemacht zu haben.

Lawrow bezeichnete die Reaktion der westlichen Staaten auf die jüngsten Handlungen Moskaus als "wütend". Sie zeige, dass es um Russlands Recht gehe, überhaupt auf der politischen Landkarte zu bleiben. Dieser Kampf sei einer auf Leben und Tod:

"Wir haben verstanden, dass es überhaupt nicht um die Ukraine geht. Die Rede ist von einer Aggression gegen alles Russische: Interessen, Religion, Kultur, Sprache, Sicherheit und so weiter."

Gleichzeitig wies der russische Chefdiplomat den Vorwurf zurück, Russland habe die Ukraine angegriffen. Lawrow berief sich auf die jüngst entdeckten Pläne der Regierung in Kiew, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk im März zu überfallen. Trotz der langjährigen Mahnungen habe niemand jemals den Appellen und Vorschlägen Russlands Gehör geschenkt.

"Wir haben nicht vor, andere Länder anzugreifen. Auch die Ukraine haben wir nicht angegriffen. In der Ukraine – und das haben wir mehrmals erläutert – entsteht eine Situation, die direkte Bedrohungen für die Russische Föderation schafft."

In diesem Zusammenhang verwies Lawrow auch auf Dutzende Biologische Labore in der Ukraine, welche die USA dort heimlich zu militärischen Zwecken betrieben haben sollen.

Russland warte nun auf eine Antwort auf seine offizielle diplomatische Anfrage.

Zu der gezielten ukrainischen Provokation der Unterstellung angeblicher russischer Kriegsverbrechen in Mariupol sagte Lawrow nach dem Treffen:

"Das Asow-Bataillon und andere Radikale haben alle werdenden Mütter, die Krankenschwestern und andere Mitarbeiter rausgeschmissen. Es war die Basis der Asowschen Ultraradikalen."

Das fragliche Krankenhaus stehe seit Tagen unter der Kontrolle einer ukrainischen

paramilitärischen Gruppe, und Moskau habe dem UN-Sicherheitsrat vor einigen Tagen Beweise dafür vorgelegt, sagte Lawrow.

Der russische Chefdiplomat weigerte sich, an die reale Möglichkeit eines Atomkriegs zu glauben. Gleichzeitig kritisierte er seine britische Amtskollegin Elizabeth Truss, die kurz zuvor selbst einen Konflikt zwischen der NATO und Russland nicht ausgeschlossen hatte. "Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das nukleare Thema im Kontext der Geschehnisse, die sich in den letzten Jahren in der Ukraine entfaltet und die sich buchstäblich in den letzten Monaten und Wochen zugespitzt haben, ausschließlich von westlichen und allen voran von NATO-Vertretern aufgeworfen wurde."

Es sei besorgniserregend, dass man im Westen immer wieder zu diesem Thema zurückkehre, sagte Lawrow. So habe US-Präsident Joe Biden als einzige Alternative für die höllischen Sanktionen gegen Russland einen Dritten Weltkrieg genannt. Der Außenminister Russlands kritisierte auf der Pressekonferenz derzeitige westliche Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie seien gefährlich, weil der Westen die weiteren Bewegungen der gelieferten Waffen, darunter Flieger- und Panzerfäuste, gar nicht kontrollieren könne.

In Bezug auf die westlichen Sanktionen erklärte Lawrow, dass Russland sie meistern werde. Die russische Regierung sei imstande, sich selbstständig um die einheimische Wirtschaft zu kümmern. Russland habe im Laufe seiner Geschichte immer diverse Schwierigkeiten überwunden und werde aus dieser Krise mit einer gesünderen psychologischen Einstellung herauskommen.

"Wir werden keine Illusionen darüber haben, inwieweit als verlässlich der Westen als Partner gelten kann."

Lawrow erklärte, der Westen könne in jedem Augenblick sowohl jedermann wie auch seine eigenen Werte verraten. Russland werde sein Bestes tun, um nicht mehr in den kritisch wichtigen Bereichen vom Westen abhängig zu sein. Er warf solchen westlichen Unternehmen vor, sich nicht von ihren eigenen Interessen leiten zu lassen. Vielmehr seien sie jetzt Instrumente der politischen Aggression des Westens gegen Russland.

Im Vorfeld des Treffens hatte Lawrow bekannt gegeben, dass Russland seine Sonderoperation in der Ukraine nur unter bereits erklärten Bedingungen einstellen werde. Dies seien die Demilitarisierung und Entnazifizierung des Nachbarlandes und der neutrale Status der Ukraine. Darüber hinaus solle die Regierung in Kiew die Schwarzmeer-Halbinsel Krim als Russlands Staatsgebiet und die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkennen. Kuleba hatte nach eigenen Angaben keine allzu hohen Erwartungen in die Gespräche mit dem russischen Außenminister in der Türkei gesetzt. In einem auf Facebook veröffentlichten Video sagte der ukrainische Chefdiplomat, das Interesse der Ukraine sei die Einstellung des Feuers, die Befreiung der ukrainischen Gebiete und die bedingungslose Lösung aller humanitären Probleme, welche die russische Armee geschaffen habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229df36b480cc183d033581.jpg>

17:20 de.rt.com: **Western Union suspendiert Aktivitäten in Russland und Weißrussland**

Der internationale Geldüberweisungsdienst Western Union hat bekannt gegeben, seine Tätigkeit in Russland und Weißrussland vorübergehend auszusetzen. Grund für diese Entscheidung seien die "anhaltenden tragischen Auswirkungen von Russlands andauernden Angriffen auf die Ukraine", hieß es in einer Erklärung des Unternehmens.

Erst Anfang Februar hatten russische Medien über die Pläne des Geldtransfer-Anbieters berichtet, alle innerrussischen Überweisungen ab dem 1. April einzustellen. Der Zahlungsdienst war seit dem Jahr 1991 auf dem russischen Markt aktiv.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622a27a8b480cc789d7c9d03.jpg>

17:47 de.rt.com: **Türkei warnt vor "katastrophalen Folgen" der Russland-Sanktionen**

Laut dem türkischen Energieminister Alparslan Bayraktar können die Sanktionen gegen Russland den globalen Energiemarkt aus dem Gleichgewicht bringen – mit schwerwiegenden Folgen. Die Wirtschaft sei gerade dabei, sich von der Corona-Krise zu erholen, so der Minister.

Die Entscheidung Washingtons, die Ölexporte aus Russland zu stoppen, werde katastrophale Folgen für den globalen Energiemarkt haben. Dies sagte der stellvertretende Minister für Energie und natürliche Ressourcen der Türkei, Alparslan Bayraktar, am Dienstag während der CERAWeek, einer internationalen Energiekonferenz in Houston, Texas.

Dem türkischen Minister zufolge erholt sich die Weltwirtschaft derzeit von der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Rezession, sodass eine Steigerung der Ölproduktion erforderlich wäre, was das Gegenteil von dem sei, was die USA derzeit zu tun versuchten. Bayraktar sagte auf der Energiekonferenz in Texas:

"Es wird sehr schwierig sein, das russische Öl auf dem Weltmarkt zu ersetzen. Russland ist der größte Ölproduzent der Welt."

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden am Dienstag als Vergeltung für die russische Militäroperation in der Ukraine ein Verbot von Öl- und Gasimporten aus dem größten Land der Welt unterzeichnet, um "die Hauptschlagader der russischen Wirtschaft" zu treffen. Biden erklärte seine Pläne mit den Worten:

"Wir verbieten alle Importe von russischem Öl, Gas und Energie. Das bedeutet, dass russisches Öl in den US-Häfen nicht mehr akzeptiert wird, und das amerikanische Volk wird Putins Kriegsmaschinerie einen weiteren schweren Schlag versetzen."

Doch die schwindelerregende Inflation und die Unterbrechung der Versorgungskette haben die Benzinpreise in den USA bereits in die Höhe schnellen lassen, sodass sie sich einem Rekordwert von fünf US-Dollar pro Gallone nähern. Das neu eingeführte Verbot russischer

Erdölprodukte, die 8 Prozent aller US-Öleinfuhren ausmachen, wird die Preise wahrscheinlich noch weiter in die Höhe treiben.

Als Reporter Biden nach der Präsentation seiner Pläne fragten, was die Amerikaner gegen die steigenden Kosten tun sollten, antwortete der US-Präsident lediglich:

"Was kann man dagegen tun? Im Moment können wir nicht viel tun. Russland ist dafür verantwortlich."

Unterdessen hat die Europäische Union vorerst keine konkreten Pläne, Russlands Ölexporte zu stoppen. Die USA importieren zwar kein russisches Erdgas, aber es macht ein Drittel des Energieverbrauchs der EU aus. Der US-Präsident sagte dazu:

"Wir gehen mit diesem Verbot voran, wohl wissend, dass viele unserer europäischen Verbündeten und Partner nicht in der Lage sein werden, sich uns anzuschließen."

Die neue Runde der Sanktionen gegen Russland wurde durch die Entscheidung des Kremls ausgelöst, am 24. Februar einen militärischen Sondereinsatz in der Ukraine gestartet zu haben. Die Maßnahmen zielen auf Russlands Finanz- und Energiesektor ab. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen der westlichen Regierungen haben viele internationale Unternehmen angekündigt, den russischen Markt zu verlassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229af66b480cc178d5f42ee.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Putin unterstützt Idee einer externen Geschäftsleitung für ausländische Unternehmen, die den russischen Markt verlassen**

Präsident Wladimir Putin hat sich mit den Mitgliedern der russischen Regierung zu den wirtschaftlichen Maßnahmen beraten, die angesichts der präzedenzlosen Sanktionen ergriffen werden können. Dabei unterstützte er die Idee einer externen Geschäftsleitung für die Betriebe ausländischer Großunternehmen, die den russischen Markt verlassen. Dennoch betonte Putin, Russland wolle sich nicht verschließen und sei bereit, mit allen ausländischen Partnern zusammenzuarbeiten:

"Wir selbst haben nicht vor, uns vor irgendjemandem zu verschließen. Wir sind offen für die Arbeit mit allen unseren Partnern, genau den Partnern, die das auch selbst wollen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622a2e1548fbef10ac19d128.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 18:45 Uhr am 10.3.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 25-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Mehrfachraketenwerfern, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedenen Granatwerfern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **20 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Acht Zivilisten, darunter 2 Kinder, wurden verletzt**. Es wurden 18 Wohnhäuser und ein Fahrzeug beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Wir teilen der internationalen Öffentlichkeit weitere Fälle der **Einrichtung von Stationierungspunkten und Feuerstellungen** durch ukrainische nationalistische Formationen im Bereich sozial bedeutsamer Objekte mit.

In Konstantinowka:

- im Gebäude der Schule Nr. 2 ist ein provisorischer Stationierungspunkt des SBU eingerichtet;
- auf dem Gelände des Werks „Megatex“ in der Uliza Kalinina 1a sind Militärtechnik und ein Raketenartilleriewaffenlager konzentriert;
- auf Gelände Gebiet des chemisch-metallurgischen Kombinats „Ukrzink“ in der Uliza B. Chmelnizkogo 1 sind Militärtechnik und ein Raketenartilleriewaffenlager stationiert;
- auf dem Gelände des Werks „Kwarzit“ ist eine Reparaturbasis für Technik der ukrainischen Streitkräfte eingerichtet;
- auf dem Gelände eines Speditionsunternehmens in der Uliza Telmana 1 wurde die Konzentration von Personal und Raupentechnik festgestellt.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

Bei Straßenkämpfen in Mariupol haben unsere Verteidiger **22 Feuerstellungen des Gegners und 40 ukrainische Nationalisten vernichtet**. Es wurden zwei Mehrfachraketenwerfer BM-

21 „Grad“ eingenommen, die Wohngebiete beschossen. Aus befreiten Häusern, in denen sich Nationalisten der Einheit „Asow“ befanden, haben unsere Verteidiger acht friedliche Einwohner, darunter zwei Kinder, evakuiert. Ihr Leben ist nun nicht mehr in Gefahr. Außerdem haben in Mariupol 26 Soldaten aus der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte und der 12. Brigade der Nationalgarde der Ukraine freiwillig die Waffen niedergelegt.

Ein weiteres Mal wende ich mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und erkläre offiziell, dass allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine menschliche Behandlung, medizinische Behandlung, Nahrung sowie Anrufe nach Hause garantiert sind.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 68 Tote und 89 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 63 Tote und 85 Verletzte;

56. mechanisierte Brigade – 79 Tote und 106 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 119 Tote und 126 Verletzte;

53. mechanisierte Brigade – 232 Tote, darunter der Brigadekommandeur, und 215 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 209 Tote und 221 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 125 Tote und 199 Verletzte.

Leider gibt es unter unseren Kampfgefährten, die an der Spezialoperation zur Befreiung des Donbass vom Bandera-Dreck beteiligt sind, Verluste, **vier Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, zwölf Kampfgenossen wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

In Richtung Mariupol zog sich der Gegner mit großen Verlusten zurück. Beim Abzug vernichteten die ukrainischen Nationalisten eine Brücke über einen Fluss im Gebiet von Sartana. Diese Situation erschwerte die Bergung verletzter Soldaten der DVR.

Dennoch setzte der Kommandeur eines Sanitätszugs, Gardeoberfeldwebel Artur Igorjewitsch Prischtschepa die Bergung verletzter Soldaten und deren Transport zum Sanitätspunkt des Bataillons fort. Selbst nach einer Verletzung durch die Detonation eines feindlichen Geschosses brachte Gardeoberfeldwebel Prischtschepa allein vier Kameraden über die Furt, wodurch er ihr Leben rettete.